

Zum Bestand

Laufzeit: 1797 bis 1999

Umfang: 1.055 m

Erschließung: Findbuch

Die sogenannte ältere Überlieferung der Handelskammer zu Köln, die dank rechtzeitiger Sicherung die Bombenangriffe der Jahre 1943 bis 1945 überstanden hat, umfasst den Zeitraum von 1791 bis 1915. Vereinzelt sind Akten bis 1922 erhalten. Die Akten des Handelsvorstands (1791-1804) und des Conseil de Commerce (Kommerzrat, 1801-1803) bilden jeweils eine eigenständige Aktenschicht.

Die Akten dieses Zeitraums, wurden 1955 in einem Findbuch zusammengefasst, das sich bewusst nicht an die in Fragmenten vorhandenen, älteren Registraturordnungen anlehnt. Sie sind inhaltlich zwölf Hauptgruppen und entsprechenden Untergruppen zugeordnet.

Der Bestand der Handelskammer Köln enthält eine große Fülle von Akten zum Transportwesen, zum Postwesen und zum Eisenbahnwesen. Innerhalb dieser Überlieferung bilden die Akten zur Rheinschiffahrt einen Schwerpunkt. Aber auch bei der Gründung von privaten Eisenbahngesellschaften, z. B. der Rheinischen Eisenbahngesellschaft, waren führende Repräsentanten der Kammer engagiert. Aktiv beteiligte sich die Kammer an einem systematischen Ausbau des Streckennetzes. Die Verkehrs- bzw. Kommunikationsinteressen für die Wirtschaft waren ihr besonderes Anliegen. Dies zeigte sich u. a. auch an der Unterstützung zur zügigen Einführung eines stadtkölnischen Fernsprechnetzes zu Anfang der 1880er Jahre.

Ebenso finden sich eine Fülle von Informationen zum Außenhandel und speziell zu internationalen handelspolitischen Fragestellungen wie etwa der Zollpolitik.

Das Kammergebäude Unter Sachsenhausen 4 wurde am 29. Juni 1943 durch Bomben völlig zerstört. Dabei wurden umfangreiche Aktenbestände vernichtet. Durch die danach einsetzenden wiederholten Sitzverlegungen der Kammer bzw. einzelner Abteilungen innerhalb des Kölner und Bonner Stadtgebietes waren weitere Aktenverluste zu verzeichnen. Es ist auch davon auszugehen, dass es angesichts der heranrückenden alliierten Truppen Anfang 1945 zu bewussten Aktenvernichtungen kam. Nur ein kleiner Teil der historischen Akten der Handelskammer Köln von 1791 bis 1915, ihre laufenden Firmenakten und die Akten der Handelskammer Mülheim wurden gerettet.

Für die Überlieferung der unmittelbaren Nachkriegszeit sind Aktenverluste zu beklagen, die auf eine mangelhafte bürotechnische Ausstattung und auf ungenügende räumliche Verhältnisse zurückzuführen sind. Außerdem sind in den Jahren 1945 bis 1955 unkontrolliert Akten vernichtet worden.

Nach 1945 sind drei Aktenschichten überliefert, und zwar für die Zeiträume 1945 bis 1952, 1947 bis 1970 und von 1965 bis 1995. Aufgrund der unterschiedlichen Abgaben des Registraturgutes an das RWWA kommt es zum Teil zu erheblichen zeitlichen Überlappungen bei der Laufzeit. Für alle drei Überlieferungsschichten sind Titelverzeichnisse vorhanden, die aufgrund der jeweils gültigen Registraturordnung erstellt wurden. Diese lehnen sich an die Musteraktenordnung des DIHK an.

Bestandsergänzend gibt es im RWWA die Nachlässe der Hauptgeschäftsführer Dr. Bernhard Hilgermann (Abt. 1d), Helmut Rehker (Abt. 1e) und Eberhard Garnatz (Abt. 1k). Die beiden letztgenannten sind bis Ablauf der üblichen Archivfristen gesperrt.

Zur Geschichte

Am 8. November 1797 wählten Kölner Kaufleute und Gewerbetreibende acht Persönlichkeiten aus ihrer Mitte zu "Handelsvorstehern". Die konstituierende Sitzung des "Handelsvorstandes" folgte drei Tage später. Zum ersten Präsidenten wählte man Friedrich Karl Heimann, der in Köln ein Speditions- und Kommissionsgeschäft betrieb. Ein französischer Erlass des Jahres 1802 verfügte, dass in Köln eine amtliche Handelskammer zu errichten sei. Deren Wahl fand am 24. Mai 1803 statt.

Unter preußischer Herrschaft blieb die Kölner Handelskammer als einzige Kammer aus der französischen Besetzung - wenn auch zunächst ohne formelle Anerkennung - unverändert bestehen. Ihre Umwandlung in eine Kammer preußischen Stils erfolgte erst am 16. Juni 1831. Aus der französischen Zeit hatte sich die feierliche "Installation" der jeweils neugewählten Mitglieder durch den Oberbürgermeister oder seinen Stellvertreter erhalten.

1848 traten in Preußen allgemeine Normen an die Stelle der individuell verliehenen Kammerstatute. Die Kammergesetzgebung von 1870 brachte Veränderungen hinsichtlich der Zahl der Kammermitglieder als auch ihrer Zusammensetzung mit sich. Der Bezirk der Kammer blieb aber auch weiterhin, wie dies seit 1797 der Fall war, auf die Stadt Köln (linksrheinisch) begrenzt. Obwohl die Handelskammer Köln bereits 1871 eine Erweiterung ihrer Grenzen auf die Kölner Vororte Deutz, Kalk, Ehrenfeld und andere gefordert hatte, kam es zunächst nicht dazu. Stattdessen erhielt der Kreis Mülheim 1871 eine eigene Handelskammer, die bis 1914 Bestand hatte. Erst die Eingemeindungen nach 1888 führten zu einer deutlichen Gebietsverweiterung der Kölner Kammer. 1891 wurde, nicht ohne Gegenstimmen, der gesamte Landkreis Köln dem Handelskammerbezirk zugeschlagen, in dem die nicht unbedeutende Braunkohlenindustrie ansässig war.

Unter Erhöhung der Zahl der Kammermitglieder von 27 auf 49 erfolgte 1914 die Vereinigung der Kölner mit der Mülheimer Kammer durch kollegiale Verständigung, nachdem Mülheim eingemeindet worden war.

Die Jahre der Weimarer Republik, die geprägt waren durch die Auswirkungen des Krieges, der Besetzung, der Inflation und der Weltwirtschaftskrise, stellten an die Kölner Handelskammer (seit April 1924 Industrie- und Handelskammer zu Köln) große Herausforderungen. Die deutlich gewachsene Kammer erhielt im Jahre 1932 mit dem umgebauten Bankgebäude des ehemaligen A. Schaaffhausen'schen Bankvereins erstmalig ein eigenes Gebäude in der Nähe des heutigen Standortes Unter Sachsenhausen.

Die politischen Veränderungen des Jahres 1933 mit der Machtübertragung an die Nationalsozialisten führten zu einer nachhaltigen Veränderung des Kammerwesens, das fortan nach dem Führerprinzip organisiert wurde. Köln und somit die IHK Köln wurde Sitz der Wirtschaftskammer für den Wirtschaftsbezirk Rheinland, wobei sich das dazugehörige Gebiet über die Rheinprovinz (ohne den Regierungsbezirk Düsseldorf und den Kreis Altenkirchen) erstreckte. Ab August 1937 wurde der Name in Wirtschaftskammer Köln umgeändert. In der Wirtschaftskammer wurden organisatorisch die IHKs, die Handwerkskammern und die ehemaligen regionalen Verbände als Bezirksgruppen der Reichsgruppen zusammengefasst. Ihre Aufgabengebiete bestanden primär aus der Rüstungsplanung, der Devisenbewirtschaftung und der Vergabe öffentlicher Aufträge. Wirkliche Bedeutung erlangte allerdings in der Kölner Wirtschaftskammer lediglich die Industrie-Abteilung. Aufgrund einer Verordnung des Reichswirtschaftsministers vom April 1942 wurden die bisherigen Bezirkswirtschaftskammern, Industrie- und Handelskammern und Handwerkskammern abgeschafft und zum 1. Januar 1943 in die neugebildeten Gauwirtschaftskammern überführt. Die Gauwirtschaftskammer Köln-Aachen konstituierte sich am 5. Februar 1943.

Mit der Auflösung der IHK Bonn zum 1. Januar 1934 und deren Vereinigung mit der Kölner Kammer wuchs der Kammerbezirk beträchtlich. Hinzugekommen waren die Landkreise Bonn, Bergheim, Euskirchen, Rheinbach, Siegburg, Waldbröl sowie der Stadtkreis Bonn. Während bei der Vereinigung der Bonner Kammern mit der IHK Köln eine tiefgreifende organisatorische und personelle Verknüpfung vorgenommen wurde, schlugen zunächst die Versuche fehl, auch die beiden bergischen Regionen Wipperfürth und Oberberg in den Kammerbezirk einzugliedern. Dies gelang erst mit der Errichtung der Gauwirtschaftskammer Köln-Aachen.

Nach dem Krieg, wurde die IHK Köln auf Veranlassung der amerikanischen Militärregierung im April 1945 wiedererrichtet. Sie konnte in der ersten Nachkriegsjahren ihrer Arbeit die Kammerstrukturen zugrunde legen, wie sie vor 1933 Gültigkeit hatten. Dies wurde auch von der britischen Militärregierung, die ab Juni 1945 zuständig war, bestätigt. Auch die anderen in der ehemaligen Gauwirtschaftskammer zusammengefassten Institutionen wurden wieder verselbstständigt. Während die IHK Köln die südlichen Teile des Regierungsbezirks nach Neugründung der IHK Bonn also wieder aufgeben musste, entschieden sich die Repräsentanten der oberbergischen Wirtschaft zum Verbleib bei Köln. Die Außenstellen Bergheim und Bergisch Gladbach wurden zunächst wieder eingerichtet, mussten aber 1948 beziehungsweise 1949 aus

Kostengründen erneut aufgelöst werden. Die Zweigstelle Gummersbach erhielt mit ihrem "Beirat der Oberbergischen Wirtschaft" insofern einen Sonderstatus, als dessen jeweiliger Vorsitzender geborenes Mitglied des Präsidiums der IHK Köln war. Die relativ große Eigenständigkeit der Zweigstelle mit einer eigenen Satzung und Geschäftsordnung resultierte aus der starken Verhandlungsposition der oberbergischen Unternehmensvertreter bei den Neugründungsverhandlungen 1945. Erst 1956, als das neue Kammerrecht die Kammern wieder auf eine einheitliche Rechtsgrundlage stellte, wurde die starke Stellung des bisherigen "Beirats" zugunsten einer "beratenden Versammlung" zurückgedrängt. Der Bezirk der neuen IHK Köln umfasst die Stadt Köln, den Landkreis Köln, den Rheinisch-Bergischen Kreis, den Oberbergischen Kreis und der Kreis Bergheim.

Eine wesentliche Veränderung ihrer Rechtsgrundlagen erfuhr die IHK Köln im Zuge der Kammerneugliederung 1977. Die kommunale Gebietsreform des Jahres 1975 hatte eine Reihe von Überschneidungen der Bezirksgrenzen der IHK's zur Folge, die bis dato weitgehend deckungsgleich mit den Verwaltungsgrenzen gewesen waren. Ab dem 1. April 1977 umfasst der Kölner Kammerbezirk den Erftkreis, die Stadtkreise Köln und Leverkusen, den Rheinisch-Bergischen sowie den Oberbergischen Kreis. Die Städte Burscheid, Leichlingen, Wermelskirchen kamen ebenso wie die kreisfreie Stadt Leverkusen zum Kammerbezirk. Für die rund 7.100 Kammerzugehörigen dieser Region übernahm Köln von der aufgelösten IHK Solingen deren seit 1935 bestehende Zweigstelle Opladen. Gleichzeitig wurde in Wermelskirchen eine Zweigstelle eingerichtet, die in Personalunion vom Leverkusener Geschäftsführer geleitet wurde. Sie wurde allerdings schon 1987 wieder aufgelöst.

Literatur:

Kellenbenz, H. / Eyll, K. v., Die Geschichte der unternehmerischen Selbstverwaltung in Köln 1797-1914, Köln 1972.

Die Geschichte der unternehmerischen Selbstverwaltung in Köln 1914-1997, Köln 1997